

# «Lärm machen und Unsicherheit schaffen»

**Steuerstreit** Alfred Mettler über die Untersuchungen gegen die CS und die Steuerverhandlungen der Schweiz mit den USA

VON RENZO RUF, WASHINGTON

Die USA haben im Powerplay gegen die Schweiz, den Finanzplatz und die Schwarzgeld-Altlasten der Banken die Daumenschrauben für die CS noch ein Stück enger gedreht (siehe Box). Die az hat sich mit Experte Alfred Mettler darüber unterhalten.

## Herrn Mettler, droht der Schweiz ein zweiter Fall UBS?

**Alfred Mettler:** Da bin ich mir nicht so sicher. In jedem Unternehmen ereignen sich Vorfälle, die nicht hätten passieren sollen. Das ist nicht zu vermeiden. Grenzen werden immer wieder überschritten, Regeln und Gesetze nicht ganz eingehalten. Wenn es sich um Einzelfälle handelt, dann gehen die Behörden gegen die jeweiligen Akteure vor. Sobald sich aber zu viele Einzelfälle ereignen, überlegen sich die Behörden, ob mehr dahinter stecken könnte. Erst bei einem entsprechenden Nachweis stünde die Bank vor einem wirklichen Problem, so wie dies bei der UBS der Fall war.

## Die CS müsste also systematisch Gesetze gebrochen haben. Hat sie das?

Ich glaube und hoffe für die CS, dass es sich bei den Gesetzesverstössen letztlich um eine nicht allzu grosse Zahl von Einzelfällen handelt. Das Justizministerium hat vorderhand nur angekündigt, aufgrund vorliegender Informationen eine vertiefte Untersuchung durchzuführen, ob allenfalls ein systematisches Vorgehen bei der Anwerbung von amerikanischen Steuerflüchtlern vorliegt. Wenn ich systematisch sage, dann bedeutet dies: Klare Gesetzesübertretung, zahlreiche Fälle, analoge Vorgehensweisen, Mitwissen oder Tolerierung durch das Management. Nur dann könnten die Behörden eine Klage gegen die Firma rechtfertigen.

## Dennoch behaupten Steueranwälte bereits, der CS drohe eine Milliardenbusse. Teilen Sie diese Ansicht?

Die wirtschaftlichen Folgen für die CS sind noch offen. Ich nehme an, dass die Bankenspitze durch den Entscheid des Justizministeriums nicht wirklich überrascht wurde.

## Die CS sagt, ihre Mitarbeiter im US-Geschäft hätten das Modell der Konkurrenz nicht kopiert. Sie habe sich zudem bereits 2008 aus dem Offshore-Geschäft zurückgezogen. Ist die Argumentation noch haltbar?

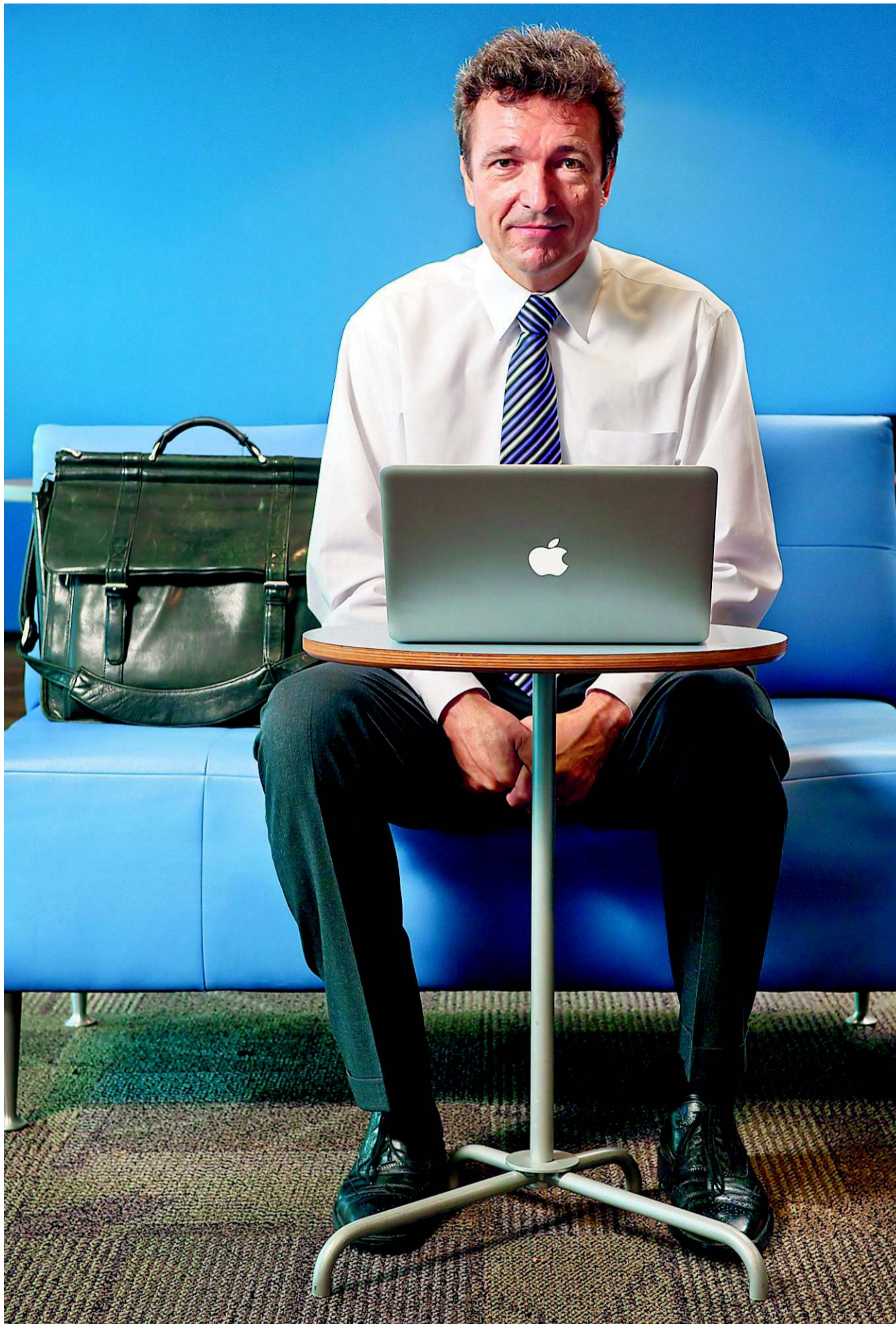
### «Eine global tätige Universalbank kann es sich nicht leisten, Amerika zu ignorieren.»

Aussenstehende können dies nicht beurteilen. Ich weise aber noch einmal darauf hin, dass rechtlich ein grosser Unterschied besteht zwischen dem Fehlverhalten einzelner Banker und den Verhaltensweisen, welche die UBS in ihrem US-Geschäft zutage legte.

## Warum ist die CS so selbstsicher?

Ich wäre nicht überrascht, wenn sich herausstellen würde, dass die Bank in den letzten zwölf Monaten noch einmal über die Bücher gegangen ist, um das Vorgehen im US-Geschäft unter die Lupe zu nehmen – um herauszufinden, ob hiesige Gesetze systematisch gebrochen wurden. Derzeit deutet nichts darauf hin. Anders als im Fall UBS scheint es keine Whistleblower zu geben, die gegenüber dem Justizministerium und der Steuerverwaltung über interne Vorgänge auspacken. Die Justiz scheint sich massgeblich auf Angaben von reuigen Steuerständern zu stützen, die sie während der Steueramnestieprogramme der letzten Jahre gesammelt haben.

## Wie wichtig ist für eine Schweizer Grossbank Amerika überhaupt?



Alfred Mettler: «Washington hat kein Interesse an einem Scheitern.»

KEYSTONE/AP/JOEY IVANSO

## ■ CREDIT SUISSE: USA KLAGEN WEITERE «VERSCHWÖRER» AN

Vor einer Woche gaben sie bekannt, die CS im Visier zu haben. Jetzt teilt das Justizministerium mit, dass weitere **vier Angestellte** der Grossbank angeklagt worden seien, US-Bürgern beim Hinterziehen von Steuern geholfen zu haben. Es ist von **«Verschwörung»** die Rede. Die Angeklagten sollen Konten bei einer Schweizer Bank so-

wie anderen Schweizer Finanzhäusern eröffnet und unterhalten haben. Es gehe um Tausende von **Geheimkonten** mit Einlagen von bis zu **3 Milliarden Dollar**. Die CS bestätigte, dass Mitarbeiter angeklagt seien. Wie viele aber CS-Angestellte sind, gab sie aber nicht preis. Sicher ist: Der Angeklagte Markus Walder noch für die CS tätig.

Er war früher **Chef des US-Offshore-Geschäfts**. Heute sitzt er im Verwaltungsrat von Credit Suisse Private Advisors. Sie berät US-Kunden, die legal Geld in der Schweiz anlegen wollen. Zwei weitere Angeklagte – darunter eine **Frau** – sind Ex-Angestellte. Der Vierte ist der Gründer einer Treuhandfirma, war zuvor länger für die CS-Treuhandfir-

ma Fides tätig. Die CS teilte mit, sie werde auch im Zusammenhang mit den neuen Klagen mit den US-Behörden kooperieren. Branchenbeobachter rechnen damit, dass die US-Justiz ähnlich wie bei der UBS darauf abzielt, dass es zu einer **Vereinbarung** mit der CS, einer **Busse** und eventuell **Datenlieferungen** kommt. (SPM/SDA)

Ganz kurz gesagt: Eine global tätige Universalbank kann es sich nicht leisten, Amerika zu ignorieren. Sie kann sich nicht wirklich aus den USA zurückziehen.

## Die CS sagt, die US-Ermittler hätten die gesamte Branche ins Visier genommen. Schweizer Finanzinstitute wie Wegelin oder Bär winkten umgehend ab. Wem glauben Sie?

Ich stelle fest, dass man in der Schweiz oft das Gefühl hat, die Amerikaner würden in solchen Situationen immer alles bis ins Detail abklären, bevor sie an die Öffentlichkeit gehen. Dabei basiert das hiesige Rechtssys-

tem hauptsächlich auf Stichproben. Das Justizministerium mag Dutzende von Hinweisen auf mögliches Fehlverhalten ausländischer Banken besitzen. Dies bedeutet aber noch lange nicht, dass die Behörden nun alle Banken ins Visier nehmen. Dazu fehlen schlicht die Kapazitäten. Es werden zwei oder drei herausgepickt, bei welchen man sich am ehesten einen Erfolg verspricht.

## Derzeit läuft in den USA eine zweite Amnestie für Steuersünder – mit mässigem Erfolg. Ist die Offensive gegen die CS ein Versuch, die Amnestie zu pushen?

Dies schliesse ich nicht aus. Es gehört zu den klassischen amerikanischen Strategien, in solchen Fällen Lärm zu machen und Unsicherheit zu schaffen. Ein Amerikaner mit unversteuertem Vermögen im Ausland hat nun einen grösseren Anreiz, sich zu stellen. Allerdings wird die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen US-Behörden oftmals überschätzt. Wenn mehrere Abteilungen zur gleichen Zeit Ähnliches tun, heisst dies nicht unbedingt, dass sie sich abgesprochen haben. So erlebe ich es jedenfalls häufig.

## Setzen die Amerikaner mit ihren Ermittlungen gegen die CS Druck

### Alfred Mettler

Alfred Mettler wuchs im aargauischen Seetal auf, besuchte die Kantonsschule in Aarau und studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich. Seit 1998 lebt und lehrt er in Atlanta, wo er als Finanzprofessor an der Georgia State University tätig ist. Mettler ist der Schweiz verbunden geblieben: Er ist etwa am Swiss Finance Institute aktiv und stellt sein Wissen regelmässig grossen Schweizer Firmen sowie der öffentlichen Hand zur Verfügung. Er ist Mitglied der bundesrätlichen Expertengruppe «Arbeits- und Rechtshilfe in Steuersachen». Mettler ist schweizerisch-amerikanischer Doppelbürger, verheiratet und hat zwei Kinder. (RR)

## auf, um die Gespräche über einen möglichen Ablasshandel für die Schweizer Banken voranzutreiben?

Nein. Ich habe das Gefühl, dass es sich dabei um zwei getrennte Verfahren handelt. Ein solches zweigleisiges Vorgehen würde aus Sicht der Amerikaner auch Sinn machen. Wenn die Verhandlungen mit den Schweizern über eine Lösung der Steuerprobleme der Banken platzen, dann haben die USA einen weiteren Trumpf im Ärmel. Und wenn es tatsächlich zu einer Globallösung kommen sollte, dann könnte die Steuerverwaltung das Wissen in den Deal einfließen lassen.

## Waren Sie überrascht, als Bern im Juni plötzlich zugab, dass Gespräche mit den Amerikanern über eine Bereinigung der Steuerprobleme der Banken laufen?

Nein, ich begrüsse das Vorgehen. Die Schweizer Banken müssen endlich ei-

### «Die Schweizer Banken müssen endlich einen Strich unter die Vergangenheit ziehen.»

nen Strich unter die Vergangenheit ziehen und sich der geänderten Situation anpassen. Einen schnellen Durchbruch erwarte ich aber nicht. Die Gespräche sind kompliziert, weil die Schweizer Banken in den USA stark präsent waren. Es handelt sich um einen extrem komplexen Fall.

## Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein solches Abkommen im Schweizer Parlament eine Chance hat.

Ein mögliches Abkommen mit den USA hätte zwei Teile. Erstens den privatrechtlichen Teil: Wenn die Banken einwilligen, eine Busse in Milliardenhöhe für gemachte Verfehlungen zu bezahlen, dann hat die Schweizer Politik dazu nichts zu sagen. Zweitens aber könnten die Amerikaner erneut auf eine Auslieferung von Daten bestehen. Das wäre ein Problem, wie das Hickhack im Fall UBS gezeigt hat, und könnte sich zu einer enormen Belastungsprobe entwickeln. Die Amerikaner haben aber grundsätzlich Verständnis für politische Vorgänge in anderen Staaten und würden wohl Hand bieten für eine praktikable Lösung. Washington hat ja kein Interesse an einem Scheitern.

## Hat hier das Bundesgericht eine Tür geöffnet, indem es befand, dass die Übergabe der Daten von 250 UBS-Kunden rechtmässig war?

Ich war immer der Meinung, dass die Finma damals den einzig richtigen Entscheid traf. Ich glaube aber nicht, dass die Amerikaner dieses Bundesgerichtsurteil nun als Einladung sehen, den Druck auf die Schweiz zu verstärken. Schliesslich handelte es sich bei den 250 UBS-Kunden um krasse Fälle von Steuerhinterziehern, die bei der Verletzung von US-Gesetzen auf die Hilfe der UBS zählen konnten. Ein analoges Vorgehen wäre nur bei analogen Fällen möglich.